

Wetterprognose des k. k. Meteorologischen Institutes zu Dresden für den 20. Januar 1909
Südwestwinde; Zunahme der Bewölkung; zunächst noch keine erhebliche Temperaturänderung und keine wesentlichen Niederschläge.

Letzte Telegramme.

Bilow gegen die Sozialdemokratie.

Berlin, 19. Januar. (Privattelegramm.) Im Reichstag des Abgeordnetenhauses beendete Bilow seine Rede zum Etat mit einem Appell zum geschlossenen Kampfe der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie. Er erklärte sich bereit, gegebenenfalls die Gesetzgebung gegen die Sozialdemokratie in Bewegung zu setzen, aber vorläufig sei es dafür an den genügenden Unterlagen.

Tabakarbeiterstreik.

Berlin, 19. Januar. (Privattelegramm.) Es lag dem Reichstag ein Schreiben des Abgeordneten Pauli vor, der erklärt, daß er seine Zustimmung zum Tabaksteuergesetz gebe. Ein anderer Abgeordneter, Lind-Kostod, erklärte, die Regierung gebrauche Geld. Es müsse eine Form gefunden werden, es zu beschaffen. Der Tabak sei als Rassenkonsumartikel die geeignetste Grundlage. Infolgedessen stimme auch er für das Tabaksteuergesetz.

Aus der Finanzkommission des Reichstages.

Berlin, 19. Januar. (Privattelegramm.) Die Kommission beriet den § 5 des Finanzgesetzes, der die Herabsetzung der Jüdischen Steuer betrifft. § 5 bestimmt, daß die Herabsetzung um ein Jahr, bis auf den 1. April 1910, verschoben werden. In der Debatte stellte Speck (Zentr.) den Antrag, die Herabsetzung bis auf 1914 zu verschieben. Von verschiedenen Seiten wurde lebhaft dagegen gesprochen. Genosse Siedel stellt sich auf den Standpunkt, daß die Regierungsvorlage wohl auch eine Verschiebung bringe, daß eine weitere Verschiebung aber von unserer Seite auf keinen Fall unterstützt werden könne. Soltze in machte der Sozialdemokratie den Vorwurf, daß sie die Interessen der Arbeiter nicht wahrnehme, wenn sie nicht für den Antrag Speck stimme. Soltze stellte dagegen fest, daß das Jüdischensteuergesetz eine Herabsetzung der Steuer bringe, aber es wurde ausdrücklich darin betont, daß ein Erlaß für den Ausfall der Einnahmen durch neue Steuern Vorbereitung sei. Trotz dieser Vorbedingung würden die Sozialdemokraten für die sofortige Herabsetzung der Jüdischen Steuer stimmen. In der Abstimmung über den Antrag Speck wurde dieser gegen die Stimmen der Freisinnigen und des Zentrums abgelehnt. Schließlich wurde die Regierungsvorlage einstimmig angenommen.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 19. Januar. (Privattelegramm.) Bei der Kontrolle des Haushalts für Elsaß-Lothringen fragte Emmei (Soz.) an, ob eine Auslegung des Abgeordneten Heuß (Frl.) richtig sei, wonach Elsaß-Lothringen den ihm zustehenden Beitrag für Erhebung der Pöhl- und indirekten Steuern vom Reich nicht erhalte. Unterstaatssekretär Anse meint, es könne sich nur um einen Irrtum handeln. Die Sache solle geprüft werden.

Bei der Weiterberatung des Justizgesetzes trat Kampff für einheitliche internationale Regelung des Wechselrechts ein. Er wünscht weiter, daß in den einzelnen Staaten ministerielle Entscheidungen juristisch angreifbar gemacht würden. Staatssekretär Niederding sagt eine Prüfung der angeregten Fragen zu.

Jund (nat.) erwartet, daß zunächst die rechtliche Regelung der Tarifgemeinschaften erörtert werde. Die Verhandlung dauert fort.

Aus der Budgetkommission.

Berlin, 19. Januar. (Privattelegramm.) Bei der Beratung des Etats des Reichsamts des Inneren beschloß man sich mit dem Patentamt und Patentswesen. Auf verschiedene Beschwerden erkannte der Regierungsdirektor die Notwendigkeit grundsätzlicher Reformen an und stellt die Vorarbeiten für entsprechende Reformen in Aussicht.

Vorstellung zur Regelung der Sprachenfrage.

Berlin, 19. Januar. Die Neue Freie Presse veröffentlicht folgende Mitteilung aus dem Hofe: Die Grundzüge der Regierung der Sprachenkommissionen-Kommission vorliegen. Im großen und ganzen wird an der bisherigen Zusammenfassung der Gerichtsbezirke festgehalten. An dem Grundgedanken der nationalen Zweiteilung wird nicht festgehalten. Es wird eine Unterscheidung gemacht zwischen einseitigen und gemischtsprachigen Gerichtsbezirken. Die Einseitigkeit richtet sich nach der überwiegenden Anzahl der im Gerichtsbezirk wohnenden Nationalität. Auf diese Art und Weise gelangt man zu 123 einseitigen, 81 deutschen und 21 gemischtsprachigen Gerichtsbezirken, wozu noch die Prager Bezirksgerichte kommen, die sämtlich als gemischtsprachig bezeichnet werden. In dem Regierungsentwurf werden zu den gemischtsprachigen Bezirksgerichten u. a. rein deutsche Orte, wie Wittig, Darg, Landstorf, Lobositz, Brachwitz und Bergreichenstein gehören. Die Bestimmungen über die Anwendung des Sprachgebrauchs der Behörden sind im wesentlichen folgende: Die einseitigen Behörden brauchen im äußeren Dienstverkehr die Sprache der Mehrheit der Bevölkerung. Schriftliche Eingaben können auch in der anderen Sprache überreicht werden. Zweisprachige Behörden bedienen sich im äußeren Dienstverkehr der Sprache der schriftlichen Eingabe oder des mündlichen Vorbringens. In dieser Sprache haben sämtliche Amtshandlungen vor sich zu gehen. Die zweisprachigen Behörden gebrauchen in Partikularien die im äußeren Dienstverkehr angewendete Sprache, in allen übrigen Angelegenheiten die den Verhältnissen des Dienstes angemessene Sprache und im Verkehr mit einseitigen Behörden die Sprache derselben. Im Verkehr mit den Behörden außerhalb Böhmens ist die deutsche Sprache anzunehmen. Von der Einführung deutscher Rechtsprechungen in Böhmen auf Grund der nationalen Abgrenzung ist in den Entwürfen nicht die Rede.

Ein Kampf zwischen Polizisten und einem Einbrecher.

Leipzig, 19. Januar. Ein Kampf zwischen Polizisten und einem Einbrecher spielte sich heute früh in dem Vororte Kleinmünchen ab. Dort sollte der „Arbeiter“ Heil, der wegen begangener Einbruchsdiebstahle polizeilich verfolgt wurde und von Waidweberlehen lebte, bei einer in der Gießerstraße wohnhaften Familie, bei der er sich verborgen hielt, verhaftet werden. Heil sprang aus dem Fenster und gab einen Schuß auf die ihn verfolgenden Schutzeute ab. Einen beabsichtigten zweiten Schuß konnte Heil nicht abgeben, weil ihm ein Schuhmann unterkam und ihn niedererschloß. Heil wurde schwerverletzt nach dem Krankenhaus gebracht.

Zusammenstoß.

München, 19. Januar. Der Schnellzug 18 stieß bei Groß-Grödenfeld infolge Nichtachtens des Einfahrtsignals auf einen Güterzug auf. Zwei Premier wurden verletzt, einer leicht, der andere schwer.

Ein Mordmysterium.

Straßburg, 19. Januar. Der Polizeidienstler in Eschingen (Elsaß) hat seit zehn Jahren, wie sich nun herausstellte, seinen damals plötzlich verschwundenen leiblichen Sohn in einer dunklen Kammer eingesperrt gehalten, wo der Verurteilte ohne Nahrung, ohne jedes Möbel, ohne Heizung im Winter sein Leben zubringen mußte. Seine Notdurft mußte der Unglückliche im Zimmer selbst verrichten. Die furchtbare That wurde ihm durch ein Loch in der Tür entdeckt. Der unmenliche Vater ist verhaftet worden.

Das heutige Blatt enthält 10 Seiten.

professionellen Charakter der Volksschulen noch zu verschärfen. In der Weise nur darauf, daß die Lehrerhaftigkeit die Konfessionslosigkeit des Volksschulunterrichts gesichert habe; damit werde aber nur die Simultanmethode, nicht eine religionslose Schule gefördert. Frei vom Dogma solle der Religionsunterricht nach den Fortschritten der wissenschaftlichen Lehren sein. Wenn man die alte dogmatische Form des Religionsunterrichts aufrecht erhalte, werde der Widerwille dagegen nur noch mehr wachsen.
(Bei Schluß der Redaktion geht die Verhandlung noch weiter.)

Parteiangelegenheiten.

Worauf wir stolz sind.

Die Wiener Arbeiterzeitung schreibt: Kein Wort spricht der blöde Spießer mit so grimmigem Hohn aus, wie das Wort „Genosse“. Die ganze Überlegenheit seines Unterhandlungsfähigkeit legt der Philister in diese Gänsefüße, mit denen er das Wort Genosse ausdrückt. Von dem frommen Idealismus, der sich hinter dem einfachen Wort verbirgt, hat das auf sein armseliges Maß beschränkte Vogelhirn keinen Dunst. Wie der Arbeiter geistig-seitlich zusammenhängt mit seiner Genossenschaft, mit seiner Partei, mit seiner Presse, das kann der beschränkte, auf sich selbst beschränkte Sinn des Spießers nie begreifen. Aber den anderen sei hier der Brief eines Genossen aus einem kleinen nordböhmischen Ort unterbreitet, der vor ein paar Tagen an unsere Administration gelangt ist und der einen unwillkürlichen Einblick in die Seele eines proletarischen Menschen gewährt. Der Schreiber ist ein schlecht entlohnter, verdienstloser Arbeiter, der die Strafe an eigenen Leide schwer empfindet:

Ich teile Ihnen mit, daß ich das Abonnement erst am 10. d. abgeben werde und ersuche Sie daher, die Zusendung nicht zu unterbrechen, indem ich mit Sehnsucht auf jede Nummer warte. Ich muß Ihnen beteuern, warum ich immer so spät den Betrag einbringe. Ich habe viel zu zahlen: 60 Heller per Woche an unsere Ortsgruppe der Heizer und Maschinisten, das ist unbedingt, 25 Heller an den Wahlverein Leipzig, das ist für die politische Organisation, 25 Heller für das Kreisblatt Freiheit. Dann kaufe ich mir jede Woche für das Abonnement. Jetzt werden Sie meine Verhältnisse kennen und ich hoffe, daß Sie das berücksichtigen werden. Nach dem 15. Januar können Sie bestimmt auf mich rechnen.

Mit Parteigruß

R. W. (mit genauer Adresse).

So, auf solche Leute kann man rechnen. Der stumpfe Hohn des Spießers muß vor der Brautheit und Selbstglaube dieses schlichten Mannes zurückweichen, der seine Pflichten als Genosse so gründlich gewissenhaft nimmt und sich weder durch die Unmöglichkeit der Strafe, noch durch irgend eine Genossenschaft kleinreden läßt. Sein bitteres Vergnügen, den Tabakbeutel, legt der Mann beiseite, um das Geld für seine Zeitung zu ersparen. Die Stupiden mögen lächeln. So handelt doch nur „Genossen“, und daß der Spießhändler nicht allein dort oben in seinem nordböhmischen Nest lebt, sondern daß er in Tausenden Exemplaren lebt, das ist unser höchster Stolz. Wo lebt eine edlere Genossenschaft?

Neues aus aller Welt.

Die Bureaucratie auf den Trümmern von Mexiko.

Id. Je mehr der Lebenskampf von Mexiko seinem Ende entgegengeht, um so dreier macht sich die Bureaucratie auf den Trümmern der Stadt. Der Kommandant des Platzes, General La Gage, soll zwar einem Journalisten gesagt haben, daß die „Angelegenheit allgemeines Interesse herbeigeführt hat, in Italien wie im Auslande“, aber trotz dieses Interesses scheint ihm das Erdbeben mit seinen Nachwehen einer gründlichen bureaukratischen Regelung zu bedürfen. So ist auch fernher eine behördliche Erlaubnis nötig, um an der Stelle seines eigenen Hauses Nachgrabungen anstellen zu dürfen, und man darf dies nur auf eigene Kosten tun. Nun kennt aber die ortsfremde Militärbehörde die Personen gar nicht, denen sie die Erlaubnisbescheinigung gibt, und so ist es vorgekommen, daß ein junger Mann mit regelrechtem Erlaubnisbescheinigung an dem Hause seines Onkels grub, um wie sich herausstellte, einen von ihm selbst untergeleiteten Schuldschein zu bergen. Wie man sieht, ist der Bureaucratismus hier ein großes Gemisch, ohne irgendwelche Gewähr gegen Mißbräuche zu bieten! Da die Militärbehörde den Plan hat, Mexiko ganz zu räumen, findet sie es am „menschenlichsten“, dies durch Auswanderung der Ueberlebenden zu erzielen. Der Kommandant hat bekannt machen lassen, daß die Lebensmittellieferungen eingestellt werden sollen! Kommt nun ein Hinterbliebener mit eigenen Arbeitern, um im Schutz seines Hauses nachzugraben, so kann er von der Bureaucratie die Bescheinigung, auf keinen Fall oder Essen für sich und seine Leute bekommen. Da man in Mexiko nichts kaufen kann, ist der Erlaubnisbescheinigung nichts als ein wertloser Fetten Papier.

Und jetzt die große weltgeschichtliche Tragödie mit einem Satyrspiel zu schließen, wird nun noch das Kriegsgericht in Funktion treten, und über 70 arme Tausel richten, die, von allem entblüht, gemordeten haben, was auf der Straße lag! Wichtige gewerdmögliche Händler hat man nämlich nicht dingfest machen können. So wird die Majestät des Kriegsgerichts über lauter kleine Mißthäter aburteilen. Es ist wohl ein schlechter Witz eines Journalisten, wenn der Mailänder Corriere della Sera berichtet, daß sich unter den Angeklagten auch eine Frau befindet, die sich wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit verantworten soll, weil sie nach dem auf der Straße gesehen wurde!

Auf alle Fälle kann man der Bureaucratie auch dieses zutrauen. Das Nächste wird wohl sein, wie das Giornale d'Italia höhnisch anregt, daß man ein Ministerium für Rationalisierung einrichtet, mit einem Ressort für Erdbeben. Dann komme „Ordnung“ in die Sache.

Mexiko, 18. Januar. Hier ist schlechtes Wetter. Bei kaltem heftigen Winde herrscht Schneefall. Heute nachmittags um 3 1/2 Uhr wurde wieder ein starkes wellenförmiges Erdbeben verspürt.

Mexiko, 18. Januar. Es ist beschlossen worden, den Schutz ins Meer zu werfen. Man wird damit beginnen, die Ketten der beiden Hälften, die durch Mexiko fliegen, zu reinigen, um Ueberfäulungen zu verhindern. Der Gesundheitszustand der Bevölkerung ist ein befriedigender.

Rom, 18. Januar. Dem Oberstatoro Romano zufolge beliefen sich die dem Papst direkt übermittelten Geldpenden für die Opfer der Erdbebenkatastrophe auf 1 408 192 Lire.

Dresdener Polizeibericht vom 19. Januar.

Vorgestern ereignete sich in der Vorstadt Radix ein älterer Bauer in einem Anfall von Schwermut und gestern in der Birnichen Vorstadt ein 80 Jahre alter Gewerbetreibender aus Lebensüberdruß.

Wetterbericht von der Wetterküste an der Rügiger Bucht am 19. Januar, mittags 12 Uhr.

Barometer: 756. Beobachtet.
Thermometer: + 1° R.
Thermometer: Min. - 9, Maxim. + 3.
Anemometer: 82°.
Wasserstand: - 116.

unter werde. Dieser Befehl könne man nur begehren, wenn man auf den konfessionellen Charakter der Volksschule verzichte. In diesem Sinne haben wir den Antrag gestellt, der Volksschule keinen konfessionellen Charakter zu verleihen. Den Glauben könne man heute nicht in konfessionelle Formen pressen. Nicht darauf komme es an, ob man das für wahr halte, was sich vielleicht vor 2000 Jahren zugetragen, sondern was der Mensch wirklich glaube, was ihm geistig sein durchglühe. Von einem Lehrer könne man heute nicht mehr verlangen, auf veraltete Ueberlieferungen zu schwören. Ich glaube, wir leisten der Volksschule einen Dienst, wenn wir dem konfessionellen Charakter der Volksschule zurückdrängen und ihn auf den echt lutherischen Kern von der Freiheit der Christenmeinung beschränken. Deshalb beantragt er, die Absätze der Deputationsentwürfe zu streichen, die den verhängnisvollen Gedanken einer konfessionellen Volksschule von neuem verankern wolle. (Beifall links.)

Abg. Dittner (nat.): Die vorliegenden Entwürfe lassen schon erkennen, wie mühevoll und schwierig die Deputationsentwürfe gewesen sind. Er selbst habe manche weitergehenden Wünsche zurückstellen müssen; er habe es getan, in dem Bewußtsein, daß schon viel erreicht werde, wenn es gelänge, das zu verwirklichen, was die Entwürfe der Mehrheit fordern. In diesem Sinne sei er mit den Entwürfen der Deputation einverstanden. Ganz besonders freue ihn, daß es gelungen sei, von der Regierung das Zugeständnis zu erlangen, ein neues Volksschulgesetz zu schaffen. Schon aus geisteswissenschaftlichen Gründen müsse er das begrüßen. Nicht schon aus geisteswissenschaftlichen Gründen, sondern aus dem Gefühl, daß man anderer Ansicht darüber als 1873, was durch das Gesetz selbst und noch durch Verordnungen geregelt werden müsse. Heute sei viel durch Verordnung bestimmt, was durch Gesetz hätte geregelt werden müssen. Wenn er sich nun zu dem Teil der Entwürfe wende, die in das Gesetz selbst aufgenommen werden sollen, werde er sich zunächst der konfessionellen Volksschule zuwenden. Im Gegensatz zu meinem Vordränger sehe ich auf dem Standpunkte, daß wir jetzt eine konfessionelle Volksschule haben. Allerdings geht der konfessionelle Charakter nicht so weit, als der ganze Unterricht in konfessionelle Formen gelegt werden soll; aber es ist bestimmt im Gesetz, daß die Volksschule nach der Konfession getrennt werden soll, was das nicht durchführbar ist, auf die religiöse Auffassung der konfessionellen Minderheit Rücksicht genommen werden soll. Da wir die konfessionelle Volksschule haben, geht natürlich aus dem § 6 des Volksschulgesetzes hervor. Wenn konfessionelle Minderheiten errichtet werden, entspricht man die Überausforderung des Staates nicht, denn die ist für alle Volksschulen gleich. Ein dem jetzigen Zustande ist, soweit der konfessionelle Charakter der Volksschule in Betracht kommt, nach den vorliegenden Entwürfen nicht geändert werden. Das schärfste Volkswort die konfessionelle Volksschule selbst und ich möchte davon warnen, davon irgend etwas zu ändern. Das Volk würde eine solche Veränderung nicht verstehen und sich in seinen heiligen Gefühlen verletzt fühlen, wenn man den konfessionellen Charakter der Volksschule beseitigen wolle.

Die Frage der geistlichen Ordensauslösung kann wohl insofern als entschieden angesehen werden, daß die letztmännliche Schulaufsicht von allen Seiten befürwortet wird. Nach dem Punkt 4 der vorliegenden Entwürfe unter B soll die Schülerzahl in einer Klasse auf 50 und die auf einen Lehrer entfallende auf 100 festgelegt werden. Hier habe ich weitergehende Wünsche geäußert, doch habe ich in Anbetracht des zu erwartenden ziemlich hohen Kostenaufwands davon ab. Die Minderheit hat beantragt, ich sei dafür zu sorgen, daß das alte Gesetz wenigstens überaus durchgeführt und die Schülerzahl in einer Klasse allenfalls auf weniger als 60 herabgesetzt werde. Der Antrag steht mit dem geordneten neuen Volksschulgesetz nur so in Zusammenhang. Ich halte aber die geforderten Maßnahmen für unannehmbar und schlage vor, die Regierung möge den Gemeinden, die die Schülerzahl in den Klassen auf die jetzt festgelegte Zahl (60) vermindern will, eine Staatsbeihilfe in Aussicht stellen. — Nach dem Punkt IX sollen die Bezirksaufsichtoren vor allen Einleitungen über pädagogische Fragen, Lehrpläne u. m. vorher Sachverständigen, also in erster Linie Lehrern, gutachtlich hören. Die Lehrer haben hier weitergehende Wünsche geäußert und die Einsetzung einer Aufsichtskommission gefordert, die über solche Fragen in der Weise wie die Landesbehörde über Kirchenfragen entscheiden soll. Ich halte diesen Wunsch für begründet und habe daher beantragt, einen ständigen Rat aus sachverständigen Gewählten über pädagogische Volksschulfragen einzusetzen. Daburich würde das im wesentlichen erreicht, was der Lehrer fordert, nur würde der anspruchsvolle Ausdruck Synode vorkommen.

Ich wünsche, daß die Forderung nach einem 7. Seminarjahr erfüllt werde. Dringend nötig ist nach einer Reform des Disziplinarverfahrens gegen Lehrer, das jetzige sei ein dem Lehrerstand nicht mehr nutzbar. Er schließt sich dem Punkte der Minderheit an, der ein Disziplinargericht für Volksschullehrer fordert. — Was den Religionsunterricht anbelangt, so löse ich zunächst die von einer Landesversammlung der Lehrer beschlossenen Punkte der Vorrede. Die Lehrer sehr unglücklich gefühlt, empfinden aber einen berechtigten Kern und verdienen Bedacht. Vor allem sei zu betonen, daß diese Verträge durchaus auf dem Boden des religiösen Bekenntnisses verhandelt. Nach den Vorläufer Verträgen solle der Religionsunterricht vor allem dem kindlichen Verständnis angepaßt sein. Das sei eine selbstverständliche Forderung. Was die Fortbildungsschule betrifft, so sei nicht zu betonen, daß die Idee und die Ordnung darin viel zu wünschen übrig lassen. Nach dem Entwurf der Deputation sollen Mittel und Wege gesucht werden, die Aussicht der Lehrer zu fördern. — In Punkt B der Entwürfe möchte heftige Unterlegung für die wachen Gemeinden gefordert. Das ist ein sehr wichtiger Vortrag. Ich weiß, daß die finanzielle Frage Staat und Gemeinden empfindlich berührt. Aber es handelt sich hier um eine wichtige Kulturfrage, die an finanziellen Schwierigkeiten nicht scheitern darf.

Abg. Dr. Schanz (nat.): Im Auftrage meiner politischen Freunde habe ich zu erklären, daß wir mit den Vorträgen und Entwürfen der Deputation im allgemeinen einverstanden sind; wir sind aber der Ansicht, daß es nicht auf den Wortlaut der Entwürfe ankommt, sondern daß es darauf ankommt, Richtlinien für ein neues Volksschulgesetz aufzustellen. Schützen haben meine politischen Freunde gegen die Aushebung der weltlichen Ordensauslösung, und zwar in erster Linie aus finanziellen Gründen; vor allem wollen wir auf die geistliche Schulaufsicht nicht verzichten, bis ein Erfolg dafür gefunden ist. Gegen die geforderte Erhöhung der Unterrichtsstunden für die Fortbildungsschulen hat eine Anzahl meiner politischen Freunde Bedenken, weil dadurch Industrie und Landwirtshaft schwer bedrückt werden. Weiters Bedenken haben wir auch gegen die Verträge, die die Bibel durch andere Lehrmittel zu ersetzen. Wir befürchten, daß dadurch die Bibel dem Volke vollständig entfremdet werde (Gehe richtig! recht!); wir fordern daher die Bibel für die oberen Klassen. Den Antrag auf Einführung einer Schulnote halten wir für vorzuziehen. Was den Religionsunterricht betrifft, so hat die Fassung des Deputationsentwurfs vielfach irige Ansichten und falsche Hoffnungen erweckt; wir werden daher beantragen, daß der Religionsunterricht nach den Grundgedanken der Kirche zu leisten ist, damit kein Irrtum entsteht. Die Entwürfe der Minderheit sind für uns nicht diskutabel, das gilt in erster Linie für die Beteiligung des konfessionellen Charakters der Volksschule. Wir wollen, daß die Schule auf dem Boden unserer christlichen Glaubens steht. Im übrigen wollen auch wir, daß die Schule sich entwickeln möge und Sachen an der Spitze der Kulturhaaren stehe. Doch dürfte der praktische Boden nicht verlassen werden und Theorien nicht mit der Praxis durchgehen. (Beifall rechts.)

Abg. Günther (nat.): Mit den Grundgedanken, die der Minister entwickelt habe, ist er einverstanden. Wenn die Regierung auf einen neuen Volksschulgesetzentwurf komme, wünsche er nur, daß er rechtzeitig veröffentlicht werde, damit er kritisch eingehend geprüft werden könne. — In die Ausführungen des Abg. Jöbber verdienten größte Beachtung. Er habe gewichtige Argumente gegen die konfessionelle Volksschule ins Feld geführt. Schon die §§ 21 und 22 der Verfassung sprächen gegen die konfessionelle Schule. In der Verfassung habe auch nicht, daß nach ein christlicher Staat sei, dort sei nur zu lesen, daß derselbe ein konstitutioneller Staat sei, in dem jedes Religionsbekenntnis geschützt werden solle. Das geschähe jetzt aber nicht bezüglich der Diszidenten, deren Kinder gezwungen werden sollen, in einer vom Staate anerkannten Religionsgemeinschaft erzogen zu werden. Vor allem möchte ich dringend davon abraten, den kon-